

## Was leistet das Reich für die Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen?

Von P. Sieger in der Zeitschrift für Kriegsbeschädigte.

### Neues Reichsversorgungsgesetz und § 63

Die Versorgung bedeutet keine freiwillige Spende, kein Almosen, sondern eine Pflicht. Wir hatten die Gesetzespflicht, mühen sich Kriegsbefähigte Opfer der Pflicht, für die derjenige leistet, in diesem Falle der Staat, in dessen Diensten der Pflichtige geleistet wurde. Schon auf Grund des Pflichtgesetzes hätten wir Kriegsbeschädigte nicht den Staat zur Entschädigung anhalten und verklagen können, wenn früher wirklich noch kein Reichsversorgungsgesetz existiert hätte. Von dieser seiner Pflicht aber hat sich das alte Staatswesen überzogen, indem es ein Reichsversorgungsgesetz schuf.

Kann man eine Reichsversorgung dem Kriegsbeschädigten einen Ausgleich überhaupt bieten? Ideell niemals, es gibt zu viele Schäden des Kriegsbefähigten, die mit Geld niemals auszugleichen sind. Wir wollen von den Schwerbeschädigten absehen wie Blinden, Geisteskranken, Lähmungen, denn hier wird auch der Dummste obigen Standpunkt sofort begreifen. Ich will einige andere Beschädigungen erwähnen. J. B. der Beschädigte muß im ferneren Leben auf Zukunfts, Hauptort usw. verzichten, der Beschädigte ebenfalls auf verschiedene Sportarten.

Zum neuen Reichsversorgungsgesetz sei folgendes bemerkt: Die ersten Paragraphen vom Heilversahren usw. so muß man unumwunden zugeben, daß das neue Gesetz gegenüber dem alten Gesetz dem Kriegsbeschädigten Vorteile bietet. Hier haben also die Verfasser der sozialen Fürsorge ihre Pflicht getan. Bei der Rentenkassala des neuen Gesetzes aber haben die Verfasser schon glatt verlegt. Um schwerbeschädigten, ungleichen Arbeiter bekommt jetzt mit Pflegezulage höchstens 7446 Mark. Ein Soldat bekam nach dem alten Gesetz bei höchster Beschädigung 1368 Mark in Gold, das entspricht einem gegenwärtigen Salustand von Papiermark ca. 10944 Mark, also mehr als heute jemand erhalten kann als Beschädigter in verantwortungsvoller Stellung. Chagren erhielten früher entsprechend mehr, heute dagegen nicht. Man sage nicht, daß die Saluta nichts mit der Rente zu tun habe, denn die Saluta nichts mit der Rente zu tun. Die Rente bedeutet doch einen Ausgleich vermindert infolge unserer Beschädigung. Wir sollen uns also für die Rente etwas kaufen können, und das, was wir uns kaufen wollen, wird immer entsprechend im Preise sein wie die Marksaluta im Jahre 1914.

Was bedeutet der § 63? Er bedeutet unsere Bestrafung dafür, daß wir derzeit unsere Pflicht gegenüber dem Vaterlande getan haben. Er bedeutet eine Erziehung zur Drückbergerei, denn in Zukunft muß ich ja jeder sagen, es zum Teufel, ich werde doch nicht so dumm sein und meine Knochen für das Vaterland zu Markte tragen, denn ich muß etwas zu, so gönnt mir das Vaterland ja doch nur das Leben eines Hundes, denn sobald ich etwas mehr verdiene, wird es mir von der Rente gekürzt oder ich erhalte überhaupt nichts mehr. Er bedeutet eine Erziehung zum Pazifismus. Man mag über letzteres denken was man will, ich glaube nicht eher daran, als bis man mir beweist, daß auch gerichtliche Prozesse zwischen Privatpersonen unmöglich sind. Solange diese möglich sind, sind auch Kriege möglich, denn ein Staat wird sich in minder schweren Lebenslagen wohl einem Schiedsgericht fügen, niemals aber in Lebensfragen.

Was bedeutet der § 63 wirtschaftlich? Er bedeutet, daß wir nicht besser leben sollen wie ein Hund. Wer 7000 Mark verdient, dem sollen 20 Prozent der Rente gekürzt werden, und erhält überhaupt nichts mehr. Die meisten von uns haben so zuversichtlich bis 14000 Mark, wer aber letzteres verdient, wohl eine Familie zu versorgen. Was gehört heute zum Mindestunterhalt einer Familie? Die Frage beantwortet sich jeder selber.

Was bedeutet der § 63 ethisch? Er bedeutet, daß wir auf eine schärfere Ebene gelenkt werden sollen. Entweder sollen wir uns sagen, ach was, verdiene nicht so viel, kenne, denn wenn du zuviel verdienst, so wird es dir von der Rente gekürzt. Oder aber bei den meisten Menschen liegt es im Blut zu streben solange man lebt. Also man soll, suche Mittel und Wege, wie du die Steuerbehörde bemogeln kannst, damit du noch Rente oder wenigstens einen Teil erhältst. Also zu Steuerbefreiungen erzieht man uns. Das nennt man sozial. Das ist nicht sozial, sondern das ist eine Gemeinheit. Wie stellte ich mich anfangs zu § 63? Zunächst nach Bekanntwerden kündigte ich dem Bunde der Deutschen Kriegsbeschädigten meine Mitgliedschaft, indem ich ihm zum Vorwurf machte, gegen den Paragraphen nicht genügend protestiert zu haben. Nach Rücksprache überzeugte ich mich vom Gegenteil, bleibe also Mitglied. Dann hatte ich mir vorgenommen, den Staat zu verklagen, falls er mir meine Rente infolge meines Steuerzettels streicht. Als Klagebegründung hatte ich mir folgendes zurecht gelegt. Ich kann zwar nicht den Staat auf die Höhe der mir zustehenden neuen Rente verklagen, denn auf Grund der Gesetzespflicht bin ich ins Feld gezogen, und im Falle meiner Verwundung hätte der Staat auf Grund des alten Versorgungsgesetzes eine Pflicht übernommen. Das war also gegenwärtig eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit, ich brachte meine Knochen, der Staat mußte mir Versorgungsgeld zahlen. Ich wurde nach einigen leichten Verwundungen, schwerer verwundet, der Staat mußte mit seinem Versorgungsgesetz antreten. Er tat dies auch, sprach mir 60 Prozent und Verfallungszulage zu. Nun kommt der Staat und will mir keine Rente zahlen? Infolgedessen hat sich der Staat nicht erklärt, also muß er seine alte übernommene Pflicht auch erfüllen, so sage ich mir, mithin verfolge ich den Staat, denn einzeln einen Kontrakt aufheben ohne Zustimmung des Gegenteils ist etwas ohne Zustimmung im zivilgerichtlichen Leben. Ich nahm mir meinen Anwalt Rücksprache, und ich gebe hier zu, daß es meinem Anwalt viel Mühe gekostet hat, mir begründlich zu machen, daß der

Staat alles kann, und daß ich nichts gegen das neue Versorgungsgesetz machen könnte.

§ 63 und Kriegsrente. Die Kriegsrentenlebensdauer und Kriegsrentenbesitzer, was haben die getan? Die haben in geliblicher Beziehung ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande getan. Was würden nun die Kriegsrentenbesitzer dazu sagen, wenn der Staat heute für sie auch einen § 63 schaffen würde? Also die Verzinsung der Kriegsrente mit dem Steuerzettel in Verbindung bringen würde? Träte dieser Fall ein, so wäre ich schon jetzt gewaltiges Brausen im deutschen Wälderwald. Für uns Kriegsbeschädigte wäre ich nichts in den Wäldern. Und doch, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, haben wir einen § 63, so muß für die Kriegsrentenbesitzer auch ein solcher geschaffen werden.

§ 63 und neue Steuern. Wir sind Kriegsbeschädigte, und die meisten von uns sind stolz darauf, dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht getan zu haben. Appelliert man also an unserer Vaterlandsliebe, so werden die meisten von uns mit sich sprechen lassen. Wir alle sehen wohl ein, daß in geliblicher Beziehung das Vaterland im höchsten Grad lebt. Kommt eine Regierung und sagt, sehr, wir selbst wir schränken uns im Regierungsapparat ein, wo es nur irgend geht; wir vergenden keine Mittel mehr, nun seid ihr Kriegsbeschädigte auch vernünftig mit euren Forderungen. Was antworten wir? So ist es recht, wir wollen den § 63 behalten, denn wer von uns ein Einkommensminimum hat, kann auf die Rente verzichten, aber wir wollen keine andere auch keine Extrasteuer haben. Indem wir auf die Rente verzichten, zahlen wir eine Extrasteuer, die Rente ist nach der Beschädigung mehr oder weniger hoch. Nehme ich mich z. B. an, so stehen mir nach dem neuen Gesetz 4407 Mark Jahresrente zu, diese Rente ist kein Almosen, verzichte ich nun nach § 63 auf diese 4407 Mark, so zahle ich die 4407 Mark in Wirklichkeit als Extrasteuer an den Staat. Dafür, daß ich meine Pflicht im Kriege dem Vaterlande gegenüber tat, auf viele Annehmlichkeiten des Lebens infolge der Verwundung verzichten muß, soll ich eine Extrasteuer zahlen. Denn meine andere Steuern muß ich in genau derselben Höhe bezahlen wie jeder Drückberger, Kriegsgewinnler und Revolutionsschänder. Zeigt Euch Gefesamacher nicht die Schamrote ins Gesicht, daß gerade die Kriegsbeschädigten zuerst mit einer Extrasteuer bestraft werden? Denn eine Richtungsabgabe der Rente ist gleichwertig einer Extrasteuerung.

Vorschlag dieser Extrasteuer. Erstens: Erhöht die Reichseinkommensteuerskala muß etwas erhöht werden und jeder Kriegsbeschädigte ist berechtigt, die ihm auf Grund des § 63 gekürzte Rente von seinem Steuerzahler wieder in Abzug zu bringen. Dieser Weg wäre wohl unangenehm, denn das bedeutet nur eine andere Zahlungsweise der Rente, da es gleichgültig ist, ob ich die Rente durch die direkte Auszahlung bekomme oder durch Abzug vom Steuerzettel. Jeder männliche deutsche Steuerzahler zwischen dem 20. und 60. Lebensjahre hat, solange Kriegsbeschädigte leben, Aufschüsse auf seinen Steuerzettel zu zahlen, und zwar befristet, das zu zahlen haben:

1. Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene keinen Aufschlag.
2. Frontkämpferleider zu Wasser und zu Land 2 1/2 Prozent.
3. Gieppentriegelsteinehmer zu Wasser und zu Land 5 Prozent.
4. Seimaufstößen zu Wasser und zu Land, Männer die zur Zeit des Krieges noch nicht oder der Seerespflicht schon entbunden waren 10 Prozent.
5. Seerespflichtige Drückberger 25 Prozent.

Mahgebend sind Geburtsjahr und Militärpapiere, wer solche nicht hat, gilt zu Nr. 5. Zu 1 gilt jeder verwundete Frontkämpferleider oder wegen Krankheit nach der Seima entlassene Frontkämpferleider, wenn er auch daraufhin keine Rente erhält. Nr. 1-4 sind ohne weiteres aus den Militärpässen festzustellen, hat jemand laut Paß mehreren Nummern angehört, so gilt die niedrigste Nummer. Männer, die bis zu einem halben Jahr zu Nr. 4 gehörten, dann aber entlassen wurden, gehören zu Nr. 5, denn das sind die ganz schlimmen Drückberger. Das wäre ein Ausgleich gegen § 63. Man wende nicht ein, daß durch Kriegsgeheimhaltung die Drückberger schon extra bestraft seien, das stimmt nicht. Viele waren rekrutiert und nicht selbständig, und dann möchte ich auch die Selbständigen nicht zählen, die keine Bücher führen, hauptsächlich auf dem Lande, und wahrscheinlich mit der Kriegsgeheimhaltung schon umgebenen verstanden, denn so ein Drückberger ist immer ein ganz schlauer. Auch selbständige Kriegsbeschädigte, deren Geschäft oder Fabrik oder was sonst, während ihrer Abwesenheit weitergeführt wurde, müssen Kriegsgeheimhaltung zahlen.

Diese angeregte Steuer wäre überhaupt schon sozial, auch wenn der § 63 nicht existierte. Auch wenn der Beschädigte keine Rente bekäme, so ist es dem Unbeschädigten gegenüber in jeder Beziehung wirtschaftlich unterlegen, auch wenn es sich um einen sonst noch so klaren Kopf handeln würde, der letzterer infolge der Verwundung immer mit Kränkheiten zu kämpfen hat, und die Rente hierfür durch aus kein Äquivalent bietet. Staat dessen verlangt man von uns eine Extrasteuer in Form des § 63, und von den Unbeschädigten nichts, denn was die zahlen, müssen wir ja außerdem auch noch zahlen. Ein Trost bei der Sache ist, wenn man von uns und unsern Taten, wenn auch nicht in der Person, noch nach Jahrhunderten spricht, dann wird man von den Gesetzgebern nicht mehr sprechen, die diejenigen, die haben, diese Taten zu vollbringen extra besteuerten, höchstens wird man von einigen Sozialisten noch sprechen, doch um diesen fragwürdigen Ruhm beneide ich diese Person nicht.

## Bekanntmachungen

An die Herren Bürgermeister des Kreises

Zur Vereinfachung des Verfahrens bei der Anmeldung von Veränderungen in den Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist durch § 33 der Satzung der Hessen-Rassischen Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen bestimmt worden, daß alle im Laufe des Jahres vorgekommenen Veränderungen (Wechsel in der Person des Unternehmers,

Betriebsveränderungen, Betriebsveränderungen, Betriebsveränderungen oder Veränderung des betriebswirtschaftlichen Grundbesitzes) in der ersten Oktoberwoche jedes Jahres mündlich zu Protokoll des Bürgermeisters erklärt werden können. Eine solche mündliche Erklärung ersetzt die vorgeschriebene schriftliche Anzeige gemäß §§ 31, 32 und 33 der Genossenschafts-Satzungen und erspart dadurch den Landwirten viel Mühe und Schreiberei. Es empfiehlt sich deshalb, von der gegebenen Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß diejenigen Betriebsunternehmer, welche weder eine mündliche Erklärung bei dem Bürgermeister abgeben, noch die Anzeige gemäß den §§ 31, 32 und 33 der Satzungen erstatten, der Genossenschaft bis zu dem der Erklärung folgenden Monat für die nach den bisherigen Einträgen in den Unternehmerverzeichnissen zu erhebenden Beiträge verpflichtet bleiben, unabhängig von dem Rechts der Genossenschaft, sich auch an andere hierfür haftbaren Personen halten zu können.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, Vorstehendes auf ordnungsgemäße Weise bekannt zu machen und dahin zu wirken, daß alle im Laufe des Jahres vorgekommenen Betriebsveränderungen Ihnen bis spätestens zum 9. Oktober d. J.

angezeigt werden. Die Anzeige wollen Sie dann in das in den nächsten Tagen Ihnen zugehende Formular S. 1 e. 5 eintragen, und zwar:

1. bei Wechsel in der Person des Betriebsunternehmers in Abschnitt A,
2. bei Betriebsveränderungen (gänzliches Aufheben eines Betriebes) in Absatz B,
3. bei Betriebsveränderungen (neue Betriebe) in Abschnitt C,
4. bei Betriebsveränderungen in Abschnitt D 1 bezw. D 2.

Die nachstehenden Punkte wollen Sie besonders beachten:

- a) Bei Aufnahme der Betriebsveränderungen in den Abschnitten D 1 und D 2 des Formulars sind nur die wesentlichen Zu- und Abgänge bei den einzelnen Betrieben zu berücksichtigen. Es darf also nicht, wie dies bisher mehrfach geschehen, unter D 1 und D 2 die gesamte von dem Unternehmer bewirtschaftete Fläche angegeben werden.
- b) Der Flächeninhalt der angelegten Betriebe und Abgänge muß derselbe sein wie derjenige der neuerrichteten Betriebe und Abgänge. Da, wo eine Differenz zwischen den Gesamtangaben sich ergibt, ist eine Erläuterung erforderlich.
- c) Jeder in Betracht kommende Betriebsunternehmer hat in der Spalte mit der Bezeichnung „Namen des Betriebsunternehmers“ seinen Namen selbst einzuschreiben.
- d) Bei allen Einträgen, ausgenommen unter Abschnitt C, ist die Nummer des landwirtschaftlichen Unternehmerverzeichnisses anzugeben. Der Angabe der Grundsteuerbeträge bedarf es dagegen nicht mehr.

- e) Da die Beiträge für das Kalenderjahr 1919 bereits entrichtet sind, ist als Zeitpunkt, von wann ab die Veränderungen gelten sollen, kein früheres Datum als der 1. Januar 1920 anzugeben. Zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt es sich, dieses Datum allgemein einzutragen.
- f) Es ist darauf zu achten, daß die gelegentlich der Beitragszahlung in der ersten Oktoberwoche angelegten Veränderungen in die Liste aufgenommen werden, auch wenn in der ersten Oktoberwoche eine nochmalige Anzeige nicht erfolgt. Die ausgefüllten Formulare sind bis spätestens zum 15. Oktober d. J. hier einzureichen.

St. Goershausen, den 23. September 1920.

Hessen-Rassische landwirtschaftliche Berufsvereinigungen.

Der Vorsitzende: J. S. Gausche.

An die Herren Bürgermeister des Kreises!

Nach § 1016 der Reichsversicherungsordnung hat jedes Mitglied der Berufsvereinigungen, welches im Laufe des verfloffenen Rechnungsjahres versicherte Betriebsbeamte oder Personen in besonderen sozialen Stellungen (Zacharbeiter) beschäftigt hat, mit Ablauf des Rechnungsjahres dem Genossenschaftsvorstande eine Nachweisung desjenigen Betrages einzutragen, welchen jeder Betriebsbeamte oder Zacharbeiter im abgelaufenen Rechnungsjahre an Gehalt oder Lohn tatsächlich bezogen hat, oder welcher für ihn anzurechnen ist.

Die Gehaltsbezüge und die Geldwerte für die Naturalbezüge und die dem Gehalt oder Lohn gleichwertigen Leistungen sind unter Angabe der Zeit, für welche dieselben bezahlt wurden, genau einzutragen.

In Spalte 2 dieser Nachweisungen sind die Betriebsbeamten und Zacharbeiter namentlich einzutragen und ist hier auch anzugeben, als was der betreffende beschäftigt war, z. B. Zacharbeiter. In Spalte 3 ist anzugeben, wie lange die Beschäftigung gedauert hat, z. B. 3 Monate, 2 Wochen, 4 Tage.

In Spalte 4 ist anzugeben, welcher Betrag für die ganze Dauer der Beschäftigung in bar gezahlt wurde (nicht tageweise).

In Spalte 5 ist anzugeben, welcher Art die Naturalleistungen waren, z. B. frei Kost und Logis.

In Spalte 6 ist anzugeben, welchen Geldwert die Naturalbezüge nach dem örtlichen Durchschnittswerte für die Gesamtdauer der Beschäftigung hatten (nicht tageweise).

Die Nachweisung ist von dem betr. Betriebsunternehmer, der Genossenschaft — z. B. Drehschneisen — von dem Vorsitzenden der Genossenschaft zu unterschreiben.

Bei Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes sind auch Lantimen zu berücksichtigen, wenn diese den Charakter von Gehalt oder Lohn haben.

Als Betriebsbeamte sind nach § 44 Abs. des Statuts diejenigen Personen anzusehen, welche in dem Wirtschaftsbetriebe oder in einem Teil desselben als Bevollmächtigte des Betriebsunternehmers tätig sind, oder vorübergehend in einer leitenden oder beaufsichtigenden Stellung wirken (Gutsverwalter, Inspektoren, Wirtschaftler, Revisorien, Förster, Schäfer, Maschinisten, Moosereimeister, Rührmeister (Drehschneisen). (Vergl. auch Ziffer 6 des Vorworts unter Anmerkung auf dem Formular S. 1 zu den Lohnnachweisungen.)

Als Betriebsbeamte sind nicht anzusehen: Feldschützen, Baumwärter und Wegewärter.

Als Zacharbeiter sind solche Arbeiter anzusehen, welche im Gegensatz zu den gewöhnlichen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeit erwerbende Stellung einnehmen. Nach § 40 Abs. 2 des Statuts sind jedoch innerhalb der Hessen-Rassischen landw. Berufsvereinigungen als Zacharbeiter nur anzusehen: Kunstgärtner, die Meister und die selbständigen Arbeiter der Brennereien, Ziegeleien, Mühlen und Schmelzen, sowie Stellmacher, Heiser und Maschinistenführer, sofern die Betriebe als landw. Nebenbetriebe mit versehen sind.

Nicht als Zacharbeiter anzusehen sind dagegen insbesondere die an den Drehschneisen beschäftigten Arbeiter.

Selbständige Betriebsunternehmer sind in ihrem Betriebe als Betriebsbeamte und Zacharbeiter nicht anzusehen.

Ferner mache ich noch darauf aufmerksam, daß für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der zeitigen Einreichung der Nachweisung im Rückstande bleiben, die Feststellung der letzteren durch den Genossenschafts- bezw. Sektionsvorstand erfolgt.

Außerdem können diese Genossenschaftsmitglieder oder vom Genossenschaftsvorstand mit Ordnungstrafen bis zu 300 Mark belegt und im weiteren gegen Betriebsunternehmer auf Ordnungstrafen bis zu 500 Mark erkannt werden, wenn die eingereichten Nachweisungen tatsächliche Angaben enthalten, deren Unrichtigkeit ihnen bekannt oder bei Anwendung angemessener Sorgfalt nicht entgehen konnte.

Der Einreichung der Nachweisung siehe ich bis spätestens 15. Dezember 1920 entgegen.

St. Goershausen, den 23. September 1920.

Der Vorsitzende der Sektion St. Goershausen der Hessen-Rassischen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen.

J. S. Gausche.

## Ausgang

aus der Bekanntmachung des Direktoriums der Reichsgetreidebestelle betreffend Bestimmungen über den Ankauf von Oaser auf Bezugscheine und die Abgabe von Oaserbezugscheinen.

Vom 30. August 1920. (Deutsch. Reichsanz. Nr. 195)

Aufgrund des § 8a der Reichsgetreideordnung für die Jahre 1920 vom 21. Mai 1920 (R.-G.-Bl. S. 1028) und der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 18. Juni 1920 (R.-G.-Bl. S. 1262) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Der Ankauf von Oaser zur Belieferung der Betriebe mit Rohstoffen sowie von Futteroaser zur Deckung des Bedarfs der Kommunalverbände, sonstigen Verbraucherverbänden und der Reichsgetreideverwaltung erfolgt auf Bezugscheine, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab von der Reichsgetreidebestelle auszugeben werden.

Dadurch wird das Recht der Reichsgetreidebestelle, Oaser vom Landwirt durch ihre Kommissionäre oder die Kommissionäre eines selbstständigen Kommunalverbandes aufzukaufen, ebensoverändert, wie das Recht der Landwirte, Oaser für die Reichsgetreidebestelle an die Kommissionäre dieser Stelle oder eines selbstständigen Kommunalverbandes zum gesetzlich festgesetzten Abzugspreis abzuliefern.

§ 2-5.

§ 6.

Der Abschluß des Verkaufs von Oaser erfolgt gegen Ablieferung der Bezugscheine, der die Menge und den Preis des aufgrund des Verkaufs zu liefernden Oasers zu enthalten hat.

§ 7.

Sobald die zu liefernde Menge verabredet ist, ist das Geschäft auch vom Käufer dem Kommunalverband anzugehen, für den der Oaser beschlagnahmt ist. Zugleich mit der Anzeige sind die Bezugscheine dem Kommunalverband einzureichen. Dieser behält die mit 11 bezeichneten Abschnitte der Bezugscheine als Beleg zurück.

Bezieht sich die Ablieferung nur auf einen Teil der Menge, über die der Bezugschein lautet, so hat der Kommunalverband die verbleibende Menge in die nachfolgende Nummer der jedem Bezugschein zugehörigen Teilbezeichnung einzutragen. Die Teilbezeichnung der rechten Hälfte (II) sind im Uebereinstimmung mit denen der linken Hälfte (I) auszufüllen, alsdann abzutrennen und als Beleg von dem Kommunalverband, für den der Oaser beschlagnahmt ist, zurückzubehalten.

Der Kommunalverband hat die in einem Monat zurückbehaltenen Abschnitte von Bezugscheinen dem Direktorium der Reichsgetreidebestelle einzureichen und die Bezugscheine selbst dem Aufkaufsberechtigten wieder auszuhandigen, der sie nach erfolgter voller Deckung ihres Restbetrages durch die Hand seines Auftraggebers der Oaserabnahms-Zentrale S. m. b. H. den Verbänden oder über das Reichsversorgungsamt der Reichsgetreideverwaltung zwecks Weitergabe an das Direktorium der Reichsgetreidebestelle einzureichen hat.

§ 8.

Die Verladung des Oasers mit der Bahn oder Schiff ist nur auf seitens der aufkaufsberechtigten Stellen (Oaserabnahms-Zentrale S. m. b. H., Verbände, Reichsversorgungsämter) ausgegebenen Frachtbefehlen, Kennnummern oder Bescheinigungen zulässig, die den Stempel desjenigen Kommunalverbandes tragen, für den der Oaser beschlagnahmt ist.

Der Verladungsberechtigte hat unter Vorlage der Bezugscheine die Abstempelung der in allen Teilen ausgefüllten Frachtrunden beim Kommunalverband zu erwirken, der die Ueberreicherung der verladbaren Mengen und der auf die Bezugscheine gelassenen Oasermengen festzustellen hat.

§ 9.

§ 10.

Beim Ankauf von Oaser durch die Oaserabnahms-Zentrale S. m. b. H. durch die Verbände oder durch die Reichsversorgungsämter dürfen die im § 1 der Verordnung über die Preise für Getreide aus der erste 1920 vom 14. Juli 1920 (R.-G.-Bl. S. 1456) festgesetzten Preise nicht überschritten werden.

§ 11.

Die von der Oaserabnahms-Zentrale S. m. b. H. jeweils aufzukaufenden Mengen sind von ihr anteil-



mäßig auf die einzelnen ihr angeschlossenen Betriebe entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu verteilen.  
Die Kommunalverbände oder Verbraucherverbände haben die jeweils aufgelaufenen Mengen auf die von ihnen zu verteilenden Tierhälften zu verteilen.  
§ 12.  
Berlin, den 30. August 1920.  
Direktorium der Reichsgetreidekasse.  
Wird veröffentlicht.  
St. Goarshausen, den 20. September 1920.  
Der f. Landrat. Nieröhner.

**Verordnung**  
zur Ausführung der Reichsgetreideordnung für die  
Ernte 1920 vom 26. August 1920.  
Aufgrund des § 8 Abs. 1 Nr. 3 der Reichsgetreide-  
ordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (R.-  
G.-Bl. S. 1028) wird mit Zustimmung des Reichs-  
rats bestimmt:

§ 1: Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe  
dürfen  
1. ihren selbstgebauteu Hafer aus der Ernte  
1920 an das im Betrieb gehaltene Vieh  
verfüttern;  
2. von ihrer selbstgebauteu Gerste  
a) an das im Betrieb gehaltene Vieh die  
im § 8 Abs. 1 Nr. 1 genannten Men-  
gen an Gerste, soweit diese zu mensch-  
licher Ernährung nicht verwendet  
werden,  
b) an ihre Zuchtstuten, sofern diese gedeckt  
sind und dies dem Kommunalverband  
angezeigt ist, zwei Zentner für den  
Buck verfüttern.

Die Vorschriften im Abs. 1 Nr. 1 gilt auch für  
selbstgebauteu Gemenge aus Hafer und Gerste, das  
nicht mehr als dreißig vom Hundert Gerste enthält.  
§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der  
Verkündung in Kraft.  
Berlin den 26. August 1920.  
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Vorstehende Verordnung wird veröffentlicht mit  
dem Bemerkten, daß also die Landwirte ihren selbst-  
gezeugenen Hafer uneingeschränkt in ihrer eigenen  
Wirtschaft verfüttern, aber nicht verkaufen und Gerste  
nur nach § 1 Abs. 2a. dieser Verordnung verwenden  
dürfen. Im übrigen ist sowohl Hafer als auch  
Gerste beschlagnahmt und fällt unter die Bestimmungen  
der Reichsgetreideordnung. (Bergl. Bekannt-  
machungen vom 2. Juli, Kreisblatt Nr. 154 und vom  
6. Juli 1920, Kreisblatt Nr. 157).

St. Goarshausen den 20. September 1920.  
Der f. Landrat. Nieröhner.

**Anordnung**  
über das Schlachten von Schaflämmern.  
Bom 31. Juli 1920. (Deutscher Reichsanz. Nr. 181).  
Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des  
Stellvertreters des Reichsanz. über ein Schlach-  
terverbot für trüchtige Kühe und Sauen vom 26.  
August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 515) bestimme ich hier-  
mit unter Abänderung meiner Anordnung vom 28.  
Januar 1920 folgendes:

§ 1.  
Das durch die Anordnung vom 28. Januar 1920  
— Sammlung Nr. 1626 — ausgesprochene Verbot  
des Schlachtens aller in diesem Jahre geborenen  
Schaflämmern wird für Bodlammern und Hammel-  
lämmern mit dem 1. Oktober d. J. aufgehoben.

Ausnahmen vom dem Verbot für weibliche Schafl-  
lämmern dürfen — unbeschadet der Vorschrift im §  
2 der Anordnung vom 28. Januar 1920 über Kot-  
schlachtungen — auch vom 1. Oktober ab nur aus  
dringenden wirtschaftlichen Gründen, in der Regel  
nur für solche Lämmern, die zur Kaufzeit nicht ge-  
eignet sind, vom Landrat, in Stadtorten von der  
Ortspolizeibehörde zugelassen werden.

§ 2.  
Zur Durchführung gegen diese Anordnung wer-  
den gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekannt-  
machung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit  
Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 31. Juli 1920.  
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen  
und Forsten.

Wird zur Beachtung veröffentlicht. Die Anord-  
nung ist in ordnungsgemäßer Weise bekannt zu machen.

St. Goarshausen, den 16. September 1920.  
Der f. Landrat. Nieröhner.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.  
Betr. Haferbewirtschaftung.  
Wie bereits bekannt gegeben, ist der Verbrauch  
an Futterhafer in der eigenen Wirtschaft des Land-  
wirts keiner Beschränkung unterworfen, aber auch  
nur im Futterverbrauch. Wenn ein Landwirt Hafer  
verkaufen will, darf er ihn nur an die Kommuni-  
kation des Kreises oder der Reichsgetreidekasse oder  
an Bezugsstelleninhaber abgeben. Zur Versorgung  
der Pferde, die nicht in landwirtschaftlichen Betrie-  
ben beschäftigt werden, werden ab Anfang Oktober  
von dem preussischen Landesgetreideamt Bezugs-  
scheine ausgestellt und an den Verband der Getreide-  
und Futtermittelhändlervereinigungen, den Reichs-  
verband der deutschen Landw. Genossenschaften u. a.  
abgegeben zum Kauf der erforderlichen Mengen  
Hafer. Der von diesen Verbänden aufgelaufte Hafer  
wird dem Kreis nach Maßgabe seines Bedarfs zu-  
gewiesen. Für Pferde in landwirtschaftlichen Be-  
trieben, in denen nicht genügend Hafer geerntet ist,  
kann mit Genehmigung des Kommunalverbandes  
(Anmeldung an Kreisförsterei) von anderen landwirt-  
schaftlichen Betrieben Hafer erworben werden. Es  
sind festgesetzt als Verbrauchsmenge für jedes Pferd  
im Durchschnitt täglich acht Pfund.

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß nach  
§§ 3 und 23 der Reichsgetreideordnung die Ausfuhr  
von Hafer aus dem Kreis verboten ist. Auch Ver-  
sendungen innerhalb des Kreises mit der Bahn oder  
durch Fuhrwerk bedürfen der Genehmigung des  
Kommunalverbandes (Anmeldung an Kreisförsterei).  
Ich verweise die Landwirte und Fuhrwerks-  
besitzer auf diese Bestimmungen hinzuweisen, damit  
sie nicht Gefahr laufen, daß ihnen von Ueber-  
wachungsbeamten Hafer beschlagnahmt wird.

Die Bekanntmachung betr. Uebergangsbestim-  
mungen für Hafer früherer Ernten vom 7. August  
1920 (Kreisbl. Nr. 195) wird nochmals in Erinne-  
rung gebracht.

Die Herren Bürgermeister werden um ordnung-  
gemäße Bekanntmachung ersucht.  
St. Goarshausen, den 20. September 1920.  
Der f. Landrat. Nieröhner.

**Reichsnotopfer und Besitzsteuer.**  
Es wird hiermit nochmals zur öffentlichen Kennt-  
nis gebracht, daß die Steuererklärungen zum Reichs-  
notopfer und zur Besitzsteuer bis spätestens den 30.  
September 1920 bei dem unterzeichneten Finanzamt  
eingereicht sein müssen.  
Den Magistraten und Herrn Bürgermeister des  
Finanzamtsbezirks sind in einem heutigen Rund-  
schreiben neue Grundzüge über die Bewertung länd-  
lichen Grundbesitzes über das Reichsnotopfer zuge-  
gangen. Die für jede Gemeinde für den Wert auf-  
gestellten Normalhöhen (sowie die nunmehr endgültig  
zu befolgende Art der Berechnung) können in Zwei-  
felsfällen von den Steuerpflichtigen bei den ange-  
gebenen Stellen erfragt werden.  
An die vollständige Ablieferung der Schätzung-  
bogen seitens der Gemeinden bis zum 4. Oktober 1920  
wird erinnert.  
St. Goarshausen, den 22. September 1920.  
Finanzamt.

**Zahnpraxis Joseph Kern**  
Oberlahnstein, Hochstr. 58  
Zahnziehen, Plombieren,  
Zahn-Ersatz in Gold und Kautschuk,  
Kronen- und Brücken-Arbeiten.  
Mässige Preise, schonendste Behandlung.  
Sprechzeit von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr.  
Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

**Wir kaufen** und bezahlen  
bis zum 30. September für gebr. Ölflaschen  
1/2 und 1 Liter  
Weinflaschen . . . 100 St. Mk. 90.—  
Cognacflaschen . . . 75.—  
Bordeauxflaschen . . . 60.—  
Abholung bei 100 Flaschen und mehr, gratis  
Gebr. Zaun, Marktplatz

**Achtung!**  
Neu! **Haarspangen-Reparaturwerkstätte** Neu!  
Alle Haarspangen werden neu aufpoliert.  
Reparaturen werden auf Wunsch in  
einer Stunde ausgeführt.  
**Damen-, Herren-Friseur-Geschäft**  
Winter, Oberlahnstein.

**Josef Hewel**  
Beerdigungs-Institut  
N.-Lahnstein  
Kirchgasse 4.  
Trauerdekoration  
Übernahme ganzer Beerdigungen Transporte nach und  
von Auswärts.  
Grosses Lager in Särgen in jeder Ausführung  
ebenso für Feuerbestattungen.

**Säcke**  
prima neue Jute-Säcke  
(beste Friedensware kein Ersatz) für Mehl u.  
Getreide 1 1/2 Ztr. fassend a 18 Mk., 2 Ztr. fas-  
a 20 Mk. Bei grösserer Bestellung entsprech.  
— Rabatt —  
H. L. Koch, Heidelberg-Handschuhsheim  
Mühlstrasse 15.

**Spezial-Workstätte**  
für sämtliche  
Kurbel-Stickereien  
Konfektionsposamenten, Stanzen von  
Knöpfen in 30 versch. Größen u. Formen  
Nickenig, Coblenz  
Clemensstrasse 24 2. Stock

**Steuerberatung**  
Treuhand-Gesellschaft Coblenz G. m. b. H.  
Steuerabteilung, Leitung: Syndikus Dr. jur. Gedde  
Hörs: Bahnhofplatz 5. [5743] Fernsprecher 1695

**Haut- und Geschlechtskrankheiten**  
alte und neue Fälle.  
**Kräuter-Heilung in 18 Stunden**  
Nervöse Schwäche. Mikroskopische Untersuchungen.  
Blutanalysen.  
**Spezial-Institut H. Specht**  
Telefon 1824 Coblenz Bergstrasse 6.  
Sprechstunden von 9-12 u. 3-6. Sonntags von 9-12

**Heparcholin**  
Vorzüglich  
Gallenstein  
Pfortader-  
störung  
und  
Leberkolik  
Zu haben in der Apotheke Miehlen

**Dr. Zimmermann'sche**  
kaum. Privatschule  
Inh. C. Hacke  
beid. Buchsehverlänger  
**COBLENZ.**  
Am 5. Oktober beginnen  
Handelsfachklassen  
von einjähriger Dauer u.  
Halbjahresklassen  
für reifere Personen.  
Näheres Prospekt. Auskunft  
im Schulhause Hohen-  
zollernstr. 148.

**Frauen**  
keine Angst  
bei Ausbleiben u. Störung d.  
monat. Regel. Nur meine  
unverfälschten wirksamen  
Mittel bringen Ihnen einzig  
u. allein Hilfe. Erfolg viel-  
fach schon in einigen Stunden.  
Ohne Verabreichung. Un-  
schädlich, Geld zurück. Fast  
jede Frau dankt mir v. ganz.  
Herzen, lassen Sie sich auch  
einmal Mut und brauchen  
mein anerkannt gutes Mittel,  
auch Sie werden mir dank-  
bar und aller Sorgen ent-  
koben sein. Teilen Sie mir  
mit, wie lange Sie zu klagen  
haben. Diskreter Versand  
Fr. Steeger, Hamburg  
Altonaerstrasse 25 a.  
Frau K. schreibt: Ihre Mittel  
sind wirklich ein Segen für  
die Menschheit. Sie können  
Wunder tun und sind ein  
wahrer Helfer in der Not.

**Zopffabrikation**  
Zöpfe sowie alle  
Haararbeiten werden  
gut und billig angefertigt  
bei Verwendung von altem  
Haar.  
**Ausgekämmte Haare**  
werden zu den höchsten  
Preisen angekauft  
Dietrich Lips, Coblenz  
Damen- und Herrenfrisier  
Lehrstrasse 133.

**Kranke!**  
von Scheid, Handopth  
wohnt Coblenz, Vikto-  
riastr. 23, Ecke Viktoria-  
u. Schlossstr., neben Hotel  
Engel. — Telefon 21-98 —  
Behandlung  
aller Leiden, auch  
Beinleiden.  
Sprechstunden tagl. von  
9-5, Mittw. von 9-12  
Sonntags von 9-1 Uhr.  
— Urn-Untersuchungen —  
Quantitative sowie qualita-  
tive Bestimmungen.

**Husten - Atemnot,**  
Verschleimung.  
Schreiben allen Leidenden  
gerne umsonst, womit ich  
mich von meinem schweren  
Lungenleiden selbst befreite.  
Auch bei Husten-Pflech-  
ter, Krätze, offenen Bein-  
geschwüren gerne umsonst  
Auskunft. Rückkarte er-  
wünscht. Zellaufseher  
Görsch, Mühlberg  
a. d. Elbe Nr. 82.

**Klavier-**  
stimmen  
übernimmt  
C. Mand, Coblenz,  
Schlossstr. 36.

Gründl. konservat.  
Klavier-Unterricht  
wird erteilt  
Willy Krüms  
Wilhelmstrasse 11.

Für Schmiede und  
Schlosser!  
Gestricke  
Rundeisenstäbe  
13-16 mm Durchmesser  
zu Mk. 3.— pro Kilo abge-  
geben. Leber u. Börsen  
Coblenz-Lütz.

Kinder-Sitz- und  
Liegewagen  
zu verkaufen. Zu erfragen  
in der Geschäftsstelle. [6156]

**Angstlichen**  
Frauen Hilfe  
Regel-Störungen und  
bei Stockungen d.  
mein wirksames Spezial-  
mittel. Ich überreibe  
nicht, sondern helfe. Zahl-  
herz! Danksch. Erfolg  
in 2-3 Tagen. Vollk.  
unschädlich, Garantie in jed.  
Fall. Diskr. Vers. Wenn  
sonst nichtgehoilten, fass.  
Sie noch einmal Mut.  
Teilen Sie mir genau mit,  
wie lange Sie zu klagen  
haben. Beacht. Sie Adr.:  
A. Schilenz, Hamburg I.  
Ausgabe 734.

# Billige Preise

in  
**Hauskleiderstoffe**  
in gemustert und einfarbig, Ia. Qualitäten  
in ca. 95 cm Breite  
p. Meter . . . 39.50, 36.50, 29.50 **22<sup>50</sup>**

**Hauskleiderstoffe**  
in großer Auswahl, 110, 120, 130 cm breit  
per Meter . . . 42.50, 39.50 **34<sup>50</sup>**

**Karros**  
herrliche Ausmusterung, gute Ware in  
95-100 cm breit . . . 36.50, 27.75 **23<sup>80</sup>**  
per Meter . . .

**Blusen-Streifen**  
entzückende Musterauswahl  
per Meter . . . 32.50, 29.75, 24.40 **18<sup>50</sup>**

**Reinwollne**  
**Kostüm-, Mantel-  
und Kleider-Stoffe**  
in allen modernen Farben und einfarbig,  
schwarz, blau, grün, weinrot und bordeaux,  
ca. 130 cm breit, herrliche Qualitäten, per  
Meter . . . 125.00, 118.00, 92.50 **88<sup>00</sup>**

**Reinwollner Gabardin** **122<sup>00</sup>**  
in einfarbig, blau, grün, bordeaux und  
schwarz . . . per Meter

**Reinwollne Damentuche** **105<sup>00</sup>**  
wunderbare Qualitäten in vielen Farben  
per Meter . . . 125.00

**Blusen- u. Kleiderseide** **64<sup>50</sup>**  
ca. 85 cm breit  
per Meter . . . 85.50

**Grosse Posten Damen-Wäsche**  
Enorm billig! in 4 Serien Enorm billig!  
Ganz besonders mache ich auf die guten  
Qualitäten und Ausführung aufmerksam.

**Damen-Hemde**  
Serie I per Stück Mk. 39.50  
Serie II . . . Mk. 45.50  
Serie III . . . Mk. 48.50  
Serie IV . . . Mk. 52.50

**Damen-Hosen**  
offen und geschlossen  
Serie I per Stück Mk. 34.50  
Serie II . . . " " 37.50  
Serie III . . . " " 39.50  
Serie IV . . . " " 42.50

**Elegante Nachthemden** in entzückender  
Ausführung . . . **78<sup>50</sup>**  
per Stück Mk. 95.50, 88.50,

**Kissenbezüge,** ausgelegt und mit **sehr billig.**  
Feston . . .

**Handtücher** fertig und Stückware von Mk. 6.75 an.

**Nessel- und Hemdentuch**  
gute Qualitäten, per Meter . . . Mk. 13.75  
**Bettuch-Nessel** | **Bett-Kattun**  
ca. 150 cm breit | la Ware, per Meter  
Mk. 27.50 | Mk. 16.50

**Bettuch - Halbleinen** la. Qualität, 160 cm breit, per  
Meter . . . 49.50, 46.50

**Neue Flanell und Biber** **13<sup>50</sup>**  
in Resten und am Stück, für Kleider, Blusen, Hemden,  
Unterrocke, weiss und bunt . . . per Meter

**Rote u. weisse Bett-Damaste** 130 u. 160 cm breit  
enorm billig!

**Schürzen-Siamosen und Druck** **22<sup>50</sup>**  
100 und 120 cm breit . . . per Meter 27.50

**Kleider- und Blusen-Biber** **17<sup>00</sup>**  
100 und 120 cm breit . . . per Meter 21.50

Beachten Sie meine Schaufenster!

**Weinberg, Coblenz**  
Firmungstrasse, Eingang Eltzerhofstrasse.